

Der 22. Europäische Polizeikongress in Berlin

Der **Europäische Polizeikongress (EPK)** ist eine innenpolitische Konferenz in Berlin des privaten Veranstalters *Behörden Spiegel*. Es ist eine der größten Fachkonferenzen zur Inneren Sicherheit in der Europäischen Union. Heuer hatte ich das Empfinden, dass besonders viele Aussteller ihre Produkte an den Mann bringen wollten.

Der 22. EPK, vom 19.02. bis 20.02.2019, widmete sich in der Hauptsache den durchaus komplexen und hochaktuellen Themen Migration, Integration und Sicherheit. In mehr als 25 Fachforen besprachen und diskutierten 1.950 Teilnehmer aus aller Welt strategische, politische, technische und sicherheitsrelevante Probleme. Hochrangige Referenten und Diskussionsteilnehmer (darunter aus Österreich der Nationalrats-Präsident Wolfgang Sobotka und der Abgeordnete zum Nationalrat Karl Mahrer) brachten den Teilnehmern ihre Ansicht der Themen dar. Der EPK diente auch dem Informations- und Meinungsaustausch von Parlamentariern aus Österreich mit ihren Kollegen aus Deutschland sowie mit Polizeioffizieren aus verschiedenen bilateralen Zentren der grenzübergreifenden Polizei- und Zollzusammenarbeit.

Nach der Eröffnung des Kongresses durch Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des *Behörden Spiegel*; sprachen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Prof. Dr. Günter Krings, Wolfgang Sobotka, Nationalratspräsident Österreich, und Raed Arafat, Staatssekretär für Innere Angelegenheiten aus Rumänien.

Migration und Integration

Im Plenarsaal diskutierte man über das Thema Gemeinschaftsaufgabe Integration. Einleitend schilderte Karl Mahrer ein Beispiel: Es zeigt die Reaktionen von Jugendlichen insbesondere in Wien. Es wurde ein Theaterstück "Welt in Bewegung", ein Werk, das vom Innenministerium 2017 und 2018 an 90 Schulen in Österreich 11 - 16 jährigen Schülern die Chancen und auch die Risiken von Asyl, Migration und Integration nahe bringen sollte. Über 40 Aufführungen davon wurden in Wien in den so genannten Neuen Mittelschulen aufgeführt. In diesen Schulen haben ca 70% der Schüler Deutsch nicht als Umgangssprache. In der Handlung dieses Theaterstückes taucht ein radikaler Islamist und beginnender Dschihadist, der Malerei, Musik und Tanz als Sünde bezeichnet, auf. Er selbst lebe in einer Ehe mit 3 Frauen. Die Reaktion der Zuhörer - Standing Ovation, frenetischer Jubel und offene Zustimmung. Der Schauspieler, der den Mann darstellte, wurde nach der Aufführung umringt und gefeiert. Die Jugendlichen dachten offenbar, die Figur wäre real. Alle an der Aufführung Beteiligten waren sich einig, dass es nahezu leicht sei, Jugendliche für eine radikale Bewegung zu begeistern. Mahrer meinte, dass dieses Beispiel zeige, dass wir in Österreich in einigen Städten Anzeichen dafür hätten, dass sich Parallelgesellschaften entwickelten.

Der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, meinte, dass es nicht selbstverständlich sei, als Grüner bei der Polizei eingeladen zu sein. Er schilderte, dass zwei Drittel der Tübinger für mehr Polizei wären, vor 40 Jahren hatte man gegen die Polizei demonstriert. Das meinte er als Kompliment für die Polizei. Das Sicherheitsgefühl der Tübinger habe stark abgenommen und das liege am aggressiven Dominanzverhalten junger Männer, die vorher nicht da waren und plötzlich den öffentlichen Raum für sich einnehmen, nämlich unbeschäftigte, wenig des Deutschen mächtige, erkennbar nicht aus unserem Land kommende Asylwerber. "Migration hätte zwei Seiten, die eine wird politisch links, die andere rechts ausgelegt. Tatsächlich brauche es beide Seiten. Wir kommen mit den Repression nicht zu denen, wo sie hingehörten und wir bekommen auch die Chancen (Schulung, Arbeit etc.) nicht zu denen, wo sie notwendig wären. Wir schieben in Deutschland

Familienväter und Leute, die einen Ausbildungsplatz haben, ab. Warum, weil erstens die, die einen echten Pass haben, tauchen nicht unter, wenn die Polizei am Morgen kommt und zweitens, weil sie aus sicheren Staaten kommen. Aber die Straftäter, die meine Bevölkerung verunsichern, die kriegen wir kaum außer Landes. Die haben keinen Pass, der Heimatstaat nimmt sie nicht zurück und sie bleiben." Es mache einen wesentlichen Unterschied zwischen Migration oder Asylansuchen, es brauche rasche Asylverfahren.

Der Vertreter der Europäischen Kommission stellte sechs wichtige Elemente für die Integration vor: Beschäftigung und Arbeit, Sprache, Kenntnis der Geschichte des Staates, in dem man lebt, Kenntnisse der Institutionen dieses Staates, Bildung und Zugang zur Behörde.

Eine Diskussionsrunde einiger Landesinnenminister & -senatoren moderiert von Uwe Proll, Chefredakteur des *Behörden Spiegels*, beschäftigte sich ebenfalls mit Migration und Integration. Die Diskutanten waren

Andreas Geisel, Innensenator Berlin, SPD;

Herbert Reul, Innenminister NRW, CDU;

Boris Pistorius, Innenminister Niedersachsen, SPD;

Joachim Hermann, Innenminister Bayern, CSU.

Salafisten im Land und die IS-Heimkehrer:

Es wurde festgestellt, dass 1050 deutsche Staatsangehörige zum IS gereist sind. 1/3 ist noch fort, 1/3 ist bereits heimgekehrt und 1/3 ist tot.

Hermann meinte zu den IS-Heimkehrern, dass man nicht plötzlich wegen eines Tweeds des US-Präsidenten hektisch werden müsse. Es kamen immer wieder welche zurück nach Deutschland und wurden hier "behandelt". Er warf die Frage nach dem Verlust der Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatsbürgerschaften auf. Es wurde gegen gehalten, wenn man den IS als fremdes Armee akzeptiere, dann habe dies weitreichende Konsequenzen. Die Frage kam auf die arabischen Clans. Reul meinte, sie wären in den 80ern gekommen, keiner habe sich um sie gekümmert, sie bekamen keine Arbeit und keine Staatsbürgerschaft. Daher bildeten sie eine Parallelgesellschaft. Da habe man bis jetzt geschlafen und jetzt erst das Problem ernst in Angriff genommen. Pistorius sagte, dass man schon etwas gemacht hätte, man habe nicht auf den Bäumen geschlafen, aber das wurde nicht so spektakulär gemacht, wie jetzt.

Nächster Punkt waren die Polizeianwärter mit Migrationshintergrund.

Geisel meinte, dass in Berlin 35-40% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hätten.

Das spiegle sich dann auch bei der Polizei und den -anwärtern wider. Alle vier waren der Meinung, dass ein Migrationshintergrund kein Hindernis für die Aufnahme in den Polizeidienst sei. Einzelfälle sollten dies nicht verhindern.

Die Diskussionsrunde war überraschend harmonisch. Bestehende Differenzen wurden nicht offenkundig dargestellt.

Sicherheit

Zum Thema Sicherheit fanden eine Vielzahl von Vorträgen und Panels mit verschiedenen Ausrichtungen, beginnend von Geldwäsche über Cybercrime, Organisierter Kriminalität, Polizeiausrüstungen (VPAM Vereinigung der Prüfstellen für angriffshemmende Materialien und Konstruktionen), Big Data, Gewalt gegen die Polizei und andere, statt.

Bereits am ersten Tag nach den einleitenden Worten referierte ein Angestellter von Microsoft über **Künstliche Intelligenz (KI)**. Beruhigender Succus des Vortrages: Die Wissenschaft sieht in absehbarer Zeit (wenn überhaupt) keine Gefahr für eine starke KI, die

sich umfassend selbst und autonom weiterentwickelt, so dass der Mensch sie nicht verstehen und vor allem auch nicht kontrollieren kann. Heute gibt es eine schwache KI, z.B. die Gesichtserkennung.

Sebastian Fiedler, der Bundesvorsitzende des BdK, leitete das Panel **OK: Wirtschaft und Finanzen**.

Die Hoffnung, dass man neue Methoden oder gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche initiieren wird, wurde enttäuscht. Lediglich auf die 5. Geldwäscherichtlinie, die von den Mitgliedsstaaten im Jänner 2020 umzusetzen sein wird, wurde eingegangen. Die Beiträge waren sehr interessant und auch plakativ. So z.B. stellte man fest, dass es, um bei einer juristischen Person auf den BO (Business Owner) zu kommen, in Deutschland 1 bis 3 Schritte erfordert. Will man das gleiche Ergebnis bei verschiedenen ausländischen juristischen Personen erzielen, benötigt man bis zu 11 Schritten, da finden sich Firmen, die um die ganze Welt führen. Daher, so führte der Vertreter des Büros van Dijk's Orbis, das insgesamt 33 Büros in Europa hat, aus, dauerte es unendlich lang bis man feststellen kann, ob ein vermeintlicher BO tatsächlich der BO sei. In ihrer Datenbank gäbe es aus 160 Quellen 300 Millionen Unternehmen. Diese private Datenbank (wir kennen LexisNexis, die van Dijk auch zuarbeitet) sei gerade für die Bekämpfung der OK von immenser Bedeutung und eine dringend notwendige Zeitersparnis, aus Erfahrung jedoch relativ teuer.

Der Vertreter von Europol, der Leiter des Büros für Gewinn-Abschöpfung (criminal-assets-bureau), führte aus, dass Geldwäsche in einem sehr engen Zusammenhang mit Bargeld zu sehen sei. Daher wird / wurde der € 500,- Schein (in Deutschland und Österreich am April 2019, in den anderen Ländern bereits mit Jänner 2019) nicht mehr ausgegeben.

Gewalt gegen die Polizei: Mit 74.000 Angriffen auf MitarbeiterInnen der deutschen Polizei wurde 2017 ein neuer Negativrekord in Deutschland aufgestellt.

Ca. 200 Angriffe täglich auf Polizistinnen/Polizisten - das ist die ernüchternde Bilanz!

Im Vergleich zu 2016 stieg 2017 die Anzahl der Verletzten um ca. 3000 (ein Statistik- Vergleich über mehrere Jahre – im Kontext zur „Flüchtlingsbewegung“ wurde im Rahmen des 22. europäischen Polizeikongresses in Berlin nicht präsentiert). Ca. 90 % der Straftaten werden durch Männer verübt. Erstaunlich sind auch die statistischen Aussagen, dass ca. 75% aller Straftaten gegen Polizeibeamtinnen/Polizeibeamte von amtsbekannten Personen verübt werden und dass ca. die Hälfte aller Tatverdächtigen alkoholisiert ist. Diese Details wurden im Rahmen einer Studie (KFN 2011) im Auftrag der Innenministerkonferenz erhoben. Angriffe auf Polizistinnen/Polizisten sind auch immer Angriffe auf die Gesellschaft. Mit dem § 114 StGB (Strafrahmen: 3 Monate bis 5 Jahre) gibt es nun ein Instrument in Deutschland, das auch solche Angriffe auf Kolleginnen/Kollegen unter Strafe stellt, die außerhalb von Vollstreckungshandlungen erfolgen. Ein Großteil der Straftaten gegen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der deutschen Polizei ereignet sich beim Einschreiten im „häuslichen Bereich“. In Deutschland gibt es intensive politische Diskussionen bzgl. des Einsatzes von Body Cams beim polizeilichen Vorgehen im häuslichen Bereich. Derzeit ist dieser Einsatz rechtlich nicht vorgesehen.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, leitete den 2. Tag der Konferenz mit der Feststellung ein, dass sich die Kriminalität parallel zu den raschen Änderungen in der Gesellschaft bewegt. Die kriminelle Entwicklung wird dynamischer und schneller. Der islamische Terrorismus ändert sich von der Aufforderung, "kommt alle zu uns ins Kalifat" zu jener "bleibt, wo ihr seid und macht dort Anschläge". Der nächste Schritt wird wohl die

Aufforderung zur Nutzung des Cyber Space zur Organisation von Anschlägen sein. Da ungefähr 1000 Rückkehrer in Deutschland zu erwarten sind, gründet man eine neue Abteilung, die sich mit der Gefährderarbeit von Rückkehrern beschäftigen wird und die Gefährderarbeit national und international koordinieren und organisieren soll. Zurückblickend erwähnt er 572 OK-Verfahren mit 209 Millionen Schaden und 145 Millionen Erträgen. Auch die so genannte Clan-Kriminalität bildet einen Schwerpunkt. Gemeinsam mit den Ländern werden die Mhallami-Kurden verstärkt ins Visier genommen.

Thomas Haldenwang, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, meinte, dass in Zeiten digitalisierter Kriege und Propagandakampagnen auf Basis sogenannter Fake News auch der Verfassungsschutz seine Arbeit immer mehr in die Sphären digitaler Kanäle verlagern müsse. Er nannte als Schwerpunkte die Migration, Digitalisierung, Radikalisierung und neue Technologien. 11.000 radikale Islamisten befinden sich in Deutschland und wären zu beobachten. Er forderte auch: "Es braucht heute für ein sicheres Land eine Ausstattung auf der Höhe der Zeit. Wir brauchen mehr Mitarbeiter, ein ordentliches Budget und im Einzelfall auch eine Ausweitung der Befugnisse für die Sicherheitsbehörden in Deutschland".

Der ehemalige Europol-Direktor Jürgen Storbeck, sprach bei einem Essen über das Internet als moderne Seidenstraße für illegale Produkte. Bei Interpol und Europol schaue man schon weiter nach vorne. Man zerbrähe sich darüber den Kopf, ob es nicht außer Terrorismus und den anderen bekannten Straftaten noch etwas gäbe, das unsere Gesellschaft in Zukunft bedrohe. Es gibt nunmehr eine vierte Dimension, den Cyber-Raum. Welche Gefahren gibt es dort? Wie werden unser Zusammenleben und unsere Wirtschaft möglicherweise durch Missbrauch des Internets gestört, als Hilfsmittel für die OK, den illegalen Handel und Schmuggel. Europol meint, wir werden ein Riesenproblem mit Produktfälschungen bekommen, z.B. mit Medikamenten, die zu 30% gefälscht sind und illegal hereinkommen - und es wird immer mehr. Das meiste kommt über Amazon oder Alibaba, transportiert wird es u.a. auch über DHL. Der Strom ist so groß, dass sich keiner damit beschäftigen kann. Das Problem haben wir dann zu Hause. Die EU hat eine Resolution herausgegeben, um den Zoll zu entlasten. Sie hat gesagt, alles, was unter € 50 Wert hat, wird nicht mehr kontrolliert. Also was macht man, man schreibt als Wert € 50,- darauf und dann geht es durch, ohne Kontrolle.

IT-Vorträge und Panels

Einen großen Teil der Veranstaltung nahm die Vorstellung von IT ein. So wurde zum Beispiel das so genannte Cyber Threat Hunting vorgestellt. Beim Threat Hunting sucht das Viren-Programm außergewöhnliche Verhaltensmuster im Netz und kann so Hacker-Attacken frühzeitig stoppen.

KI gegen den Terror "Unser Ansatz ist ein analytischer Ermittlungsarbeitsplatz", sagte der Vortragende. Mittels automatisierter Erkennung und KI-basierten Lerneffekten würde die Arbeit der Polizei vereinfacht und die Datenmenge analysierbar. Ein Anwendungsszenario sei die Terrorzellenidentifikation. Anhand bestimmter Charakteristika und Verhaltensmuster würden Indikatoren abgeleitet. Diese würden helfen, einen potenziellen Täter in die unterschiedlichen Radikalisierungsphasen einzuordnen.

Im Panel digitale Kriminalistik kamen Polizei und Firmen zu Wort. Probleme der Polizei: man muss sich zwangsläufig dem digitalen Zeitalter stellen - sind wir als Ermittlungsbehörde

gewappnet? Jein, jeden Tag gibt es neue Phänomene. Nach der Anzeige gibt es den Tatort vielleicht gar nicht mehr. Es entstehen komplett neue Täterprofile, vor 10 Jahren gab es noch keine Mailware. Die Täter operieren oft aus dem Kinderzimmer. Heute machen wir bei einer Hausdurchsuchung den digitalen Kühlschrank auf, nicht um zu sehen, ob die Milch abgelaufen ist, sondern um zu schauen, was der IT-Speicher, der dahinter steckt, hergibt. Die IT-Firmen stellen fest, dass die Spezialisten bei der Polizei mit Daten überflutet werden. Eine Sicherung so früh wie möglich ist notwendig, bevor man weiter in den Bereich der Analyse geht. Man muss also den Weg vom Tatort zum Ermittler oder Gericht beschleunigen. Was macht man mit der Datenflut? Keiner kann sich hinsetzen und z.B. tausende Bilder ansehen. Es geht darum, ein Image zu erfinden, das die Suche beschleunigt. Fa. T3K - Forensics sind Experten im Bereich der Datenforensik. Sie setzen dort fort, wo die IT-Firmen die ausgelesenen (extrahierten) Daten zur Verfügung stellen. Es sind immense Daten vorhanden. Die extrahierten Daten kommen in das System der Fa. T3K und dann wird ein Bericht generiert. Dieser Bericht ist standardisiert als PDF. Der Ermittler kann rasch erlesen, ob etwas Wichtiges für ihn vorhanden ist, oder ob Teile weiter extrahiert werden müssen, oder es ist kein relevanter Sachverhalt zu ersehen. Das PDF kann in 5 Minuten generiert sein, das kann wichtig bei Einsätzen vor Ort z.B. im Fall von Menschenhandel sein. Der "normale" Forensiker würde 4 Stunden bis 4 Tagen beim Smartphone sitzen und es auslesen. Man versucht zur Zeit ein Programm zu entwickeln, das automatisch Kinderpornografie erkennt, sodass die Ermittler nicht alles ansehen müssen.

In einem Cybercrime Panel wurde ein EU-Projekt vorgestellt, in dem bereits durch bessere Zusammenarbeit und konkrete Maßnahmen vor Ort Fortschritte erzielt worden sind. Jedoch würden internationale Entwicklungen einen grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Nachweisen erfordern. Um dies zu gewährleisten, wurde die Errichtung eines europäischen Kompetenzzentrums für Cyber-Sicherheitstechnologie und -forschung mit einem Netz nationaler Koordinierungszentren in der EU vorgeschlagen. Dies erfordere unter anderem auch koordinierte Maßnahmen bei KI und EU-Nato-Hybrid Bedrohungsübungen zur Verbesserung der Fähigkeit der EU, auf solche Krisen wirksam reagieren zu können. In den Panels wurde auch das Schlagwort ‚Cybercrime as a Service‘ besprochen. Das Angebot an kriminellen Dienstleistungen im Netz lässt fast keine Wünsche offen. In Hinsicht auf Cybercrime sind aus polizeilicher Sicht die Probleme in Deutschland ähnlich, bzw. gleich gelagert wie in Österreich: Extrem große Datenmengen müssen forensisch untersucht werden. Dem gegenüber steht ein Engpass an Personal und Geld. Erschwert werden die Ermittlungen auch durch rechtliche Probleme, da Speicherorte (Cloud, Server, Provider, udgl.) oft ihren Standort im Ausland haben. Eine Datensicherung, bzw. forensische Auswertung ist daher oft gar nicht durchführbar. Ein erster Schritt dazu wurde durch das sogenannte Budapester Übereinkommen, das bislang durch 62 Staaten ratifiziert wurde, getan. Auffällig war auch, dass immer mehr private Firmen mit Apps und forensischer Software auf den Markt drängen, die die polizeiliche Arbeit bei der Datenauswertung und Spurensuche im Netz, auf Servern, Smartphones udgl. unterstützen und beschleunigen soll. Ob dies bereits der Grundstein des Einsatzes von KI zur Bekämpfung von Cybercrime ist, wird uns die Zukunft weisen. Tatsache ist, und darüber waren sich alle Experten einig, dass schnell eine gemeinsame Lösung gefunden und rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit Polizei und Justiz wenigsten einige Schritte auf den Vorsprung der Cyberkriminellen wettmachen können.

Zusammenfassung Proll:

"Wir blicken zurück auf die Behandlung der Themen Migration, Integration und Sicherheit - mit einem Blick in die Vergangenheit unter mehrdimensionaler Betrachtungen, um für eine stabilere Zukunft zu sorgen. Besonders interessant fand ich die Rede des Parlamentspräsidenten aus Österreich zu dem dreidimensionalen Gedanken von der soziologischen, psychologischen Sicht auf die Sicht der Angst und die politische Position, was zu tun ist, um gewappnet zu sein. Die Diskussion der Landes-Innenminister war spaßig wie immer."